



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 3. April 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

64. Sitzung des *Innen- und Rechtsausschusses*

*am Mittwoch, dem 2. April 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landeshauses*

Beginn: 10:00 Uhr

Der Ausschuss führte mündliche Anhörungen zu folgenden Vorlagen durch:

- **Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug des Jugendarrestes in Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/891](#)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Umdruck 18/1809](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/1557](#)

Vor dem Hintergrund des Wunschs, zunächst noch eine detaillierte Auswertung der mündlichen Anhörung durchführen, vertagte der Ausschuss seine abschließende Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Spielbankgesetzes**, [Drucksache 18/1557](#), auf seine nächste Sitzung.

Er nahm außerdem Berichte der Landesregierung zu folgenden Themen entgegen:

- **Bericht der Finanzministerin und des Innenministeriums über den Stand der Planungen zur Einführung einer sogenannten Insel-Zulage**
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/2521](#)
- **Bericht des Innenministeriums zur Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizeibeamte“**
Antrag des Abg. Kumbartzky (FDP)

- **Bericht der Landesregierung zur aktuellen Berichterstattung am 4. März 2014 im Schleswig-Holstein Magazin über eine Zusammenarbeit von Dataport mit einem US-amerikanischen Unternehmen**

Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP) - [Umdruck 18/2499](#)

- **Bericht der Landesregierung über die Vertragsbeziehungen zwischen öffentlichen Stellen des Landes und Unternehmen der CSC-Gruppe**

Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) - [Umdruck 18/2526](#)

Der Ausschuss sprach die Bitte an die kirchenpolitischen Sprecher der Fraktionen aus, sich über die Möglichkeit eines gemeinsamen Antrags im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der FDP, **Kirchenstaatsverträge evaluieren - Auftrag des Grundgesetzes erfüllen**, [Drucksache 18/1258](#), und des Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/2174](#), zu verständigen.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Sicherung des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags**, [Drucksache 18/608](#), nach Vorlage eines von den Regierungsfractionen angekündigten Gesetzentwurfs erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Zum Antrag der Fraktion der CDU, **Betriebliche Wiedereingliederung stärken! Durchführung einer Evaluation zum betrieblichen Eingliederungsmanagement in der Landesverwaltung**, [Drucksache 18/584](#), beschloss der Ausschuss, gegenüber dem federführenden Sozialausschuss keine eigene Stellungnahme abzugeben.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur **Änderung des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren**, [Drucksache 18/1665](#), stellte der Ausschuss vor dem Hintergrund des dazu von der Landesregierung angekündigten Gesetzentwurfs zurück.

Den Bericht der Landesregierung, **Wohnraumversorgung für Flüchtlinge verbessern**, [Drucksache 18/1543](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der Stimmen von CDU und FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Aufhebung der landesrechtlichen Vorschriften über die Berufstracht von Rechtsanwälten**, [Drucksache 18/1661](#), anzunehmen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg**, [Drucksache 18/1669](#), wurde dem Landtag einstimmig zur Annahme empfohlen.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Software Update für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1662](#), kamen die Ausschussmitglieder überein, zunächst die Übersendung von der Staatskanzlei zugesagter Unterlagen abzuwarten.

Auch zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Prüfung der Einführung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein durch den Landesrechnungshof**, [Drucksache 18/1668](#), sollen zunächst die Beratungen des Finanzausschusses abgewartet werden.

Zu folgenden Punkten beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/1659](#)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/1714](#) - selbstständig -
(Benennung der Anzuhörenden bis zum 11. April 2014 - Stellungnahmefrist: 3 Monate)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/1651](#)
(Benennung der Anzuhörenden bis zum 11. April 2014)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Transparenz politischer Weisungen gegenüber Staatsanwälten**
Gesetzentwurf der Fraktionen von PIRATEN und CDU - [Drucksache 18/1660](#)
(Benennung der Anzuhörenden bis zum 9. April 2014)

Der Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Neuregelung der zwangsweisen Unterbringung und Behandlung in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/606](#), und der Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Psychisch-Kranken-Gesetzes und des Maßregelvollzugsgesetzes**, [Drucksache 18/1363](#), wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss: 16:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder